

Sehr geehrter Herr Statthalter  
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident  
Sehr geehrte Mitglieder des Grossen Rates und des Regierungsrates  
Sehr geehrter Herr Verfassungsratspräsident  
Sehr geehrte Herren Gemeindepräsidenten von Riehen und Bettingen  
Sehr geehrte Frau Bürgerratspräsidentin  
Sehr geehrte Gäste aus unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft  
Werte Gäste, die Sie auf die eine oder andere Art mit unserem Grossratssaal verbunden sind

Ich begrüsse Sie alle ganz herzlich zur Feier "100 Jahre neuer Grossratssaal" und freue mich sehr, dass sie so zahlreich gekommen sind.

„Flaggen und Fahnen in den eidgenössischen und den Basler Farben wehen heute vom Rathaus zu Basel hernieder“, schreibt die National Zeitung. Es ist der 23. Juni im Jahre 1904 und nach 4-jähriger Umbauzeit „ziehen ‚Die Väter der Stadt‘ zum ersten Mal in den neuen, reich und geschmackvoll ausgestatteten Saal ein“.

Sieben Jahre - von 1892 – 1899 - dauerten die Diskussionen im Regierungsrat und Parlament. Als man sich dann auf die heutige Variante für einen Umbau des Rathauses einigte, wurde das Referendum gegen den Grossratsbeschluss ergriffen. Das vom Grossen Rat vorgelegte Projekt siegte jedoch nach einem teilweise erbittert geführten Abstimmungskampf.

Ich zitiere aus der Eröffnungsrede des damalige Regierungspräsident Eugen Wullschlegler:

„Es (das Volk) hat diese Mittel bewilligt, trotzdem uns die wirtschaftliche Lage unseres Gemeinwesens Einschränkungen in Dingen auferlegt, welche unserer Bevölkerung sehr nahe am Herzen liegen und welche seine unmittelbaren Interessen weitaus intensiver berühren als der Bau eines Rathauses. (Die finanziellen) Mittel müssen geopfert werden, welche erforderlich sind, um etwas Mustergültiges, Solides und Echtes zu schaffen, und dies um so mehr, wo, wie beim Rathausumbau, ein Werk in Frage kommt, welches dazu bestimmt ist, auch kommenden Geschlechtern auf Jahrhunderte hinaus zu dienen.“

Dank der Weitsicht und der Aufgeschlossenheit des damaligen Parlamentes und der Bevölkerung können wir heute in diesem wunderschönen Saal tagen – und feiern.

Wenn wir heute diesen Saal feiern, so feiern wir auch 100 Jahre darin gelebte Demokratie. Während sich der Saal nicht verändert hat, so hat sich im Demokratieverständnis in diesen 100 Jahren doch einiges verändert. Ich möchte dies an zwei Beispielen dokumentieren, die sich in Verbindung mit dem Grossratssaal gut aufzeigen lassen.

Erstens: Die Einführung des Proporz-Wahlsystems

Mit der Verfassung von 1875 wurde das bisherige Ratsherrenregiment durch eine demokratische Staatsordnung abgelöst. Neu wurde das Majorz-Wahlsystem für den Grossen Rat eingeführt. Dieses System stützte die starke Macht des Freisinns – d.h. die Macht der ehemaligen Ratsherren – und verhalf ihnen zur absoluten Mehrheit im Grossen Rat. Dies zeigt die Zusammensetzung des Grossen Rates bei der Einweihung des neuen Saales 1904 klar auf: der Freisinn war mit 67 Sitzen vertreten und die Konservativen, die heutigen Liberalen, mit 35 Sitzen. Zusammen besaßen sie eine erdrückende Mehrheit im Parlament. Die Sozialdemokraten hatten 22 und die Katholiken 3 Sitze. Sie waren im Majorz-Wahlsystem fast chancenlos.

Der Basler Mathematik Professor Eduard Hagenbach-Bischoff kämpfte in Basel von 1890 bis 1905 - 15 Jahre lang - für eine Änderung des Wahlsystems, vom Majorz- zum Proporz-System. In der Volksabstimmung im Jahre 1905 nahm das Volk mit einer Mehrheit von nur zehn Stimmen das neue Proporz-Wahlsystem an. Die noch im gleichen Jahre durchgeführten Wahlen nach dem Proporz-Wahlsystem veränderte die Zusammensetzung des Grossen Rates massgeblich: der Freisinn verlor 16 Sitze und die Konservativen 5. Grosse Gewinner waren die SP, die neu 38 Sitze für sich beanspruchen konnte und die Katholiken, die neu 10 Sitze eroberten. Und nur 3 Jahre später, bei den nächsten Wahlen, wurde die SP mit 47 Sitzen zur stärksten Partei im Grossen Rat, vor dem Freisinn mit 41 Sitzen. Heute noch ist die SP vor dem Freisinn die wählerstärkste Fraktion im Grossen Rat. Waren vor 100 Jahren nur vier Fraktionen im Parlament vertreten, so sind es heute zehn Parteien.

Wenn auch Sie, liebe Grossrätin, lieber Grossrat, es schätzen, dass in der Schweiz die Parlamentswahlen nach dem Proporz-System durchgeführt werden, dann werfen sie doch das nächste Mal, wenn sie durch die Türe hinten rechts ins Rathauskäffeli gehen, einen dankbaren Blick nach oben rechts. Dort sehen Sie im Bild, das „die Welt der Universität“ darstellt, auf einem Podest stehend den Basler Mathematik Professor Eugen Hagenbach-Bischoff. Als Eugen Schill 1904 das Wandgemälde malte, konnte er allerdings noch nicht wissen, welche Bedeutung Eugen Hagenbach-Bischoff dereinst als Erfinder des Proporzwahlssystem für die Geschichte der Schweiz erhalten wird.

Zweite wesentliche Veränderung: das Frauenstimmrecht

Nachdem „die Väter der Stadt“ in den Saal eingezogen waren, wie die National Zeitung 1904 berichtete, vermerkte sie etwas später auch noch: „Die Tribüne ist gut besetzt, unter den Zuschauern befinden sich auch einige Damen“. Finden die Frauen am 23. Juni 1904 beinahe nur als Fussnote statt, so kann ich heute fest stellen, dass meine 41 Kolleginnen und ich nicht auf der Tribüne, sondern hier unten im Grossratssaal sitzen.

Mit Blick auf das Demokratieverständnis könnte man das vergangene Jahrhundert auch als das Jahrhundert des Kampfes der Frauen um demokratische Grundrechte, um gesellschaftliche und politische Rechte und Anerkennung, bezeichnen.

Interessanterweise hat der damalige Grossratspräsident Emil Göttisheim, FDP, der an dieser Stelle zur Eröffnung des Grossratssaals auch eine Rede hielt, als Nationalrat im Jahre 1918 eine Motion eingereicht, die die politische Gleichberechtigung für Schweizerinnen verlangte. Die Motion wurde als Postulat dem Bundesrat überwiesen, von diesem aber nie weiter behandelt.

In Basel kämpfte vor allem die 1916 gegründete „Vereinigung für Frauenstimmrecht Basel“ für die demokratische Gleichberechtigung der Frau. Nachdem die Einführung des kantonalen Frauenstimmrechts in drei Volksabstimmungen massiv verworfen wurde, stimmten am 26. Juni 1966, also fast auf den Tag genau vor 38 Jahren, eine Mehrheit der Männer für die Einführung des Frauenstimmrechts. Bei den Wahlen 1968 zogen dann in Basel, zum ersten Mal in einem Deutschschweizer Kanton, vierzehn Frauen ins Kantonale Parlament ein.

Mit der Einführung des Frauenstimmrechts fand, nebst der Einführung des Proporz-Wahlsystems 1905, die zweite „politische Revolution oder Umwälzung“ in diesem ehrfurchtsvollen Saal statt. Und wie zur schönen Abrundung dieser zweiten politischen Umwälzung ist heute eine Frau Präsidentin des Grossen Rates.

Jahrzehnte lang versuchten die Männer den Frauen mit dem Slogan "Die Frau gehört ins Haus" die demokratischen Grundrechte zu verweigern. Es dauerte lange, bis die Frauen den Slogan richtig verstanden und ins **Rathaus** und ins **Bundeshaus** einzogen. Wer weiss, vielleicht bis in weiteren 100 Jahren, haben die Frauen diesen Slogan so verinnerlicht, dass sie eine überwältigende Mehrheit in diesem Saale ausmachen und die Männer nach Quotenregelungen verlangen.

Schauen wir die soziale und politische Situation vor 100 Jahren und heute an, so möchte ich auch zwei Punkte besonders hervorheben.

Wie aus der bereits erwähnten Rede des damaligen Regierungspräsidenten Wulschleger und vor allem aus der Rede des freisinnigen Grossratspräsidenten Emil Göttisheim hervor geht, fehlte es vor 100 Jahren einer grossen Mehrheit der Bevölkerung am lebensnotwendigsten. So sagte Göttisheim in seiner Rede: „Dann wird unser Gemeinwesen, wie es bisher getan hat, seine verfassungsmässigen Aufgaben und Pflichten getreulich zu erfüllen suchen, und es wird dabei, dessen bin ich versichert, es sich zur heiligen Pflicht machen, den Anforderungen sozialer Natur gerecht zu werden, und alle seine Kräfte aufbieten zur Herbeiführung sozialer Gerechtigkeit.“

Für seine flammende Rede zur Ausmerzungen der sozialen Not in Basel erhielt der freisinnige Grossratspräsident laute Bravorufe. Auch heute, 100 Jahre später, leben viele Menschen unserer Stadt unter der Armutsgrenze, haben wir eine hohe Arbeitslosenzahl, verschwinden immer mehr Arbeitsplätze und der Mittelstand wird ausgehöhlt. Die Worte von Göttisheim sind leider heute wieder aktueller als uns allen lieb sein kann.

Politisch wurde, wie bereits erwähnt, vor 100 Jahren die Einführung des Proporz-Wahlsystems heftig diskutiert. Heute steht die Frage im Zentrum, ob unsere Konkordanz-Demokratie noch die richtige Staatsform für die Herausforderungen unserer Zeit ist. Wir erleben zur Zeit eine politische Blockade

zwischen Links und Rechts. Das Wort des Reformstaus steht im Raume. Der Souverän entscheidet anders als der Bundesrat und das Parlament es wollen. Das Parlament weist zentrale Vorlagen des Bundesrates zurück.

In unserer schnelllebigen und ökonomisch orientierten Zeit werden die Minuten und Stunden gezählt, die scheinbar sinnlos für Diskussionen im Parlament vergeudet werden. Parlamente sollen im Zeichen der Effizienz verkleinert und die Volksrechte abgebaut werden. Um sparen zu können, sollen schnelle und schlanke Entscheidungsstrukturen her, eine Konkordanz-Demokratie ist dabei nur hinderlich.

Demokratische Prozesse brauchen Zeit. Die Parlamente sind da, um sachlich und respektvoll politische Diskussionen zu führen.. Die Demokratie bietet die Instrumente, damit zwischen den verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen ein Dialog statt finden kann. Sie ist prädestiniert dazu, das Wohl des Volkes zu garantieren.

Damit wir diese demokratischen Grundsätze auch in den nächsten 100 Jahren nicht vergessen, haben uns die Erbauer dieses Saals ein paar „Ermahnungen“ hinterlassen. So weisen die Bilder in den Bogenfeldern der Türen auf die wichtigsten Tugenden hin, die wir unseren Entscheidungen zugrunde legen sollten:

Penelope als Symbol für die Klugheit, Mucius Scaevola für die Tapferkeit, Zeleukos für die Gerechtigkeit und Alexander der Grosse für die Mässigung.

Aber nicht nur die Bilder, auch die wörtlichen Leitsätze in diesem Saal sollen uns an unsere Verantwortung erinnern. Beim Eingang zum Vorzimmer in diesen schönen Saal haben die Erbauer für uns auf lateinisch festgehalten:

„Alle Menschen, Ihr Herren Senatoren, die über strittige Situationen beraten, müssen sich frei machen von Hass und Gunst, von Zorn und Mitleid“.

Und als Richtschnur für unser politisches Handeln und als oberste politische Maxime haben sie im permanenten Blickfeld des Präsidenten oder der Präsidentin – das heisst mir gegenüber auf Augenhöhe – in grossen Buchstaben folgendes vermerkt:

„Salus publica suprema lex“

„Das Wohl des Volkes ist das oberste Gesetz“

Alexander der Grosse schaut mich schon längere Zeit mit dem Blick der Mässigung in Bezug auf die Länge meiner Rede an. Und so beschliesse ich hier meine Rede zu beenden mit dem Wunsch, dass in diesem Saal in den nächsten 100 Jahren weise Beschlüsse zum Wohl des Volkes gefasst werden.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.